

Hoffnung am Kleinen Aral

Die Austrocknung des Aralsees gilt als eine der größten Umweltkatastrophen auf der Erde. Für den nördlichen Teil des Katastrophengebiets glaubt man jedoch eine Lösung gefunden zu haben. **Seite 3**



Anschlag aufs Oktoberfest

Vor 30 Jahren verübte der rechtsradikale Student Gundolf Köhler ein verheerendes Bombenattentat auf das Münchner Oktoberfest. Noch heute gibt es Zweifel an seiner Alleintäterschaft. **Seite 6**



Literatur im ND

Die Kanzlerin ließ es sich nicht nehmen, die Erinnerungen von Lothar de Maizière an die Herstellung der deutschen Einheit vorzustellen. Zudem: Literarische Erkundungen in Nordafrika. **Seiten 16 und 17**

Standpunkt

Maß ist voll

Von Silvia Ottow

Die Gesundheitsreform hat was vom Oktoberfest. Obwohl die Maß nicht voller ist, wird an der Preisspirale gedreht. Die Brauer verdienen, die Wirte kassieren, die Trinker zahlen – jedes Jahr ein bisschen mehr.

Für die Gesundheit sollte uns nichts zu teuer sein, argumentieren die Reformer. Schließlich werden wir älter, können viele Krankheiten heilen und Schmerzen besser bekämpfen. Vor lauter Dankbarkeit übersehen wir oft, dass nicht in erster Linie das Alter steigende Kosten verursacht, sondern der wissenschaftlich-technische Fortschritt. Doch der bringt eben nicht nur Segen, sondern auch Fluch. Viele Hersteller profitieren leider auch dann, wenn sie ein überflüssiges Arzneimittel, eine nutzlose Behandlungsmethode oder ein sinnloses Hilfsmittel auf den Markt bringen – bezahlen müssen es die Versicherten dennoch.

Das kann so weitergehen, meint der Bundesgesundheitsminister. Gut Verdienende sollen sich nach seiner Meinung nicht länger mit den armen GKV-Schluckern in ihrer schlecht verwalteten Kasse solidarisieren. Arbeitgeber bekommen, was ein Versicherter nicht mal mehr zu träumen wagt: die Garantie stabiler Beiträge, obwohl die Spatzen von den Dächern pfeifen, dass dadurch keine Arbeitsplätze geschaffen werden. Ärzte und Kliniken müssen ebenso wenig mit größeren Einbußen rechnen. Sie alle können eine Maß nehmen, wenn dieses Gesetz in Kraft tritt. Dem Versicherten dürfte der Appetit vergangen sein.

Unten links

Alles ist endlich. Selbst der Endlos-Streit um die Atom-Endlager. Die geniale zwischenzeitliche Idee der Bundesregierung, sie zu privatisieren, ist ein prima Angebot zur Aufwertung manches Vorgartens: Brennstäbe statt Brennelemente inklusive Strahlengarantie durch alle Jahreszeiten. Ganz abgesehen davon, dass man sich damit neugierige Nachbarn vom Leibe halten könnte. Oder umgedreht: Man organisiert gruselige Führungen und macht im Handumdrehen aus Atom Kohle. Auch in Kellern, Schuppen und Garagen würde der eingelagerte Müll einen nützlichen Nebeneffekt haben – Diebstähle wären ein für alle Mal vergessen. Wer so im Kern energisch handelt, müsste sich zudem um ein Ende in Würde nicht sorgen. Als Bürger mit Abfall-Verantwortung hilft er der einfalllosen Industrie und nimmt dem Staat die Mühen um die Sicherheit ab. Das riecht nach einem Ehren-Geigerzähler auf dem Sarg. Und der alte Slogan »Privat kommt vor Katastrophe« bekäme seinen eigentlichen Sinn. **oer**

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/So 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940

Gesundheit wird teurer

Scharfe Kritik an der Verabschiedung der Reformpläne durch das Kabinett



Patienten sind die Verlierer dieser Reform. Sie sollen künftig alle Kostensteigerungen im Gesundheitssystem allein tragen

ND-Foto: Camay Sungu

Von Silvia Ottow

Die Gesundheitsreform ist vom Bundeskabinett verabschiedet worden, soll am 30. September im Bundestag beraten werden und könnte am 1. Januar traurige Wirklichkeit für die gesetzlich Krankenversicherten werden.

Bis Weihnachten wird sich nicht viel tun. Gesundheitsreformen werden hier zu Lande stets so gestaltet, dass die Veränderungen in kleinen Schritten erfolgen. Im Januar steigt der allgemeine Beitragssatz. Später werden sich vermutlich vielfach Zusatzbeiträge ankündigen; wo sie vorhanden sind, könnten sie steigen. Wer sie nicht entrichtet, soll Strafe zahlen. Die Industrie wird vermutlich an der Preisspirale bei Medikamenten drehen, ermuntert von der Regierung und ihrem Arzneimittelgesetz. Der Steuerzuschuss für die

Krankenkassen wird mit Sicherheit wieder in Frage gestellt werden. Pharmafirmen, Ärzte und Krankenhäuser könnten klagen, dass ihre Einnahmen zu wenig steigen, Unternehmer die weitere Absenkung ihrer Krankenkassenabgaben fordern. Nur der Versicherte wird nichts mehr fordern können. Er muss die steigenden Gesundheitsausgaben künftig allein bestreiten, das ist die entscheidende Botschaft von gestern.

Als massivster Eingriff in die Architektur des Sozialstaats seit Bestehen der Bundesrepublik kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband die Pläne. Sie seien unsozial und die Lizenz zum unbegrenzten Abkassieren der Versicherten. Die Volkssolidarität und der Sozialverband Deutschland fordern von der Bundesregierung den Erhalt und die Fortentwicklung der solidarischen Krankenversicherung,

erklärten die beiden Verbandspräsidenten Prof. Dr. Gunnar Winkler und Adolf Bauer auf einer Fachveranstaltung am Mittwoch in Berlin. Das Vorhaben stehe für die Privatisierung der Gesundheitskosten und bedeute einen Systemwechsel, der durch die Festschreibung der Arbeitgeberbeiträge das Solidarprinzip auf den Kopf stelle. Ablehnung und Kritik kamen auch von den Grünen, der SPD, dem Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte sowie weiteren Organisationen und Verbänden. Sogar der CDU-Sozialflügel hat die schwarzgelbe Reform als »sozial unausgewogen und bürokratisch« kritisiert.

»Diese Reform ist ein Systembruch. Sie ist gut für die Lobbyisten von Pharmaindustrie und Privater Krankenversicherung, aber Gift für den sozialen Frieden in Deutschland. Die Kopfpauschale ist eine unsoziale Zeitbombe, die eine soli-

darische Gesundheitsversicherung endgültig zum Platzen bringt«, urteilte Harald Weinberg von der LINKEN im Bundestag. Fraktionskollegin Martina Bunge nannte sie einen »Raubzug durch die Portemonnaies von Gering- und Normalverdienern und Patienten«.

Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler verteidigte seinen Gesetzentwurf als alternativlos. Mit seinem Gesetz komme eine unvermeidbare Belastungswelle auf 90 Prozent der Bevölkerung zu, die Arbeitnehmer bis weit in die Mittelschicht hart treffen und Geringverdiener sowie Rentner bald überfordern werde, sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntbach. Sie rief die CSU auf, das Gesetz noch zu stoppen. Der DGB will Unterschriften dagegen sammeln und kündigte einen Alternativvorschlag an.

Tagesthema Seite 2

Bahn frei für private Atommüll-Endlager?

Regierung will dem Bundesamt für Strahlenschutz offenbar die Verantwortung entziehen

Von Reimar Paul

Laut einem Zeitungsbericht will es die Regierung ermöglichen, dass künftige Atommüllendlager von Privatfirmen betrieben werden.

Schon seit einem halben Jahr kursieren Berichte, wonach die Regierungskoalition dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) Zuständigkeiten entziehen und die Endlagerung von Atommüll privatisieren will. Durch einen Bericht der »Süddeutschen Zeitung« erhalten die Spekulationen nun neue Nahrung. So soll laut Entwürfen des neuen Atomgesetzes das Bundesumweltministerium »die Wahrnehmung seiner Aufgaben mit den dafür erforderlichen hoheitlichen Befugnissen ganz oder teilweise auf Dritte übertragen« können. So könnte der Bund private Unternehmen mit Hoheitsrechten ausstatten.

Für ein solches »Modell« gibt es Beispiele – so überwach im Stra-

ßenverkehr der TÜV im Staatsauftrag die Sicherheit von Autos. Die Atomwirtschaft drängt schon länger auf eine vergleichbare Lösung bei der Endlagerung von Atommüll. Das BfS würde faktisch entmachteter. Bislang stehen die geplanten Endlager Gorleben und Schacht Konrad in alleiniger Verantwortung der Behörde, die dem Umweltministerium untergeordnet ist. Sie betreibt außerdem die maroden Atommüllkippen Asse und Morsleben. Insbesondere BfS-Chef Wolfgang König – das Grünen-Mitglied steht der Atomkraft bekanntermaßen kritisch gegenüber – ist den schwarz-gelben Atompolitikern ein Dorn im Auge. Das Bundesamt hatte sich zudem dafür ausgesprochen, neben Gorleben weitere Endlagerstandorte zu erkunden. Schon nach der Bundestagswahl war vermutet worden, König solle an der Spitze der Behörde durch einen CDU-Mann abgelöst werden. Mit Blick auf die Situation in der Asse-

Region, wo sich das BfS nach Skandalen der vorherigen Betreiber einen vergleichsweise guten Ruf erworben hat, nahm die Regierung von dem Personalwechsel zunächst aber Abstand.

Nutznießer der geplanten Neuregelung könnte ein Unternehmen in Staatsbesitz sein, mutmaßt die »Süddeutsche«. Es könnte laut Entwurf weitgehend autonom wirtschaften, der Bund würde nur noch die Einhaltung der Gesetze kontrollieren. Laut »SZ« kämen dafür nur die »Energiewerke Nord« (EWN) infrage. Sie sind der derzeit größte Eigentümer von Atommüll in Deutschland, haben aber bisher keine Erfahrung mit der Endlagerung. Einziger Gesellschafter der EWN ist das Bundesfinanzministerium. Die EWN betreiben das »Zwischenlager Nord« bei Greifswald und den Abriss der ehemaligen DDR-Kernkraftwerke Greifswald und Rheinsberg.

Das Umweltministerium spricht

von »langfristigen Plänen«. Der Bund wolle im Gesetz lediglich die Möglichkeit für eine andere Struktur verankern. Konkrete Pläne für eine Beleihung gebe es noch nicht. Dagegen sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Mittwoch, es bleibe bei der bisherigen Regelung.

Die Opposition kritisiert das Vorhaben scharf. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) verkaufe »Schritt für Schritt die Sicherheit der Bevölkerung an die Atomwirtschaft«, sagte SPD-Chef Sigmar Gabriel. Für die Grünen-Fraktionsvize Bärbel Höhn wäre eine Privatisierung der Endlagerung »der Versuch, hier wieder intransparente Strukturen zu installieren, damit man mauscheln und tricksen kann wie unter Kanzler Kohl«. Wolfgang Ehmke von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg warnt: »Wird das BfS kaltgestellt, würden diejenigen, die in Greifswald mit Atommüll Geschäfte machen, in Gorleben die Regie übernehmen.«

Grüne gleichauf mit SPD

Umfrage sieht beide Parteien bei 24 Prozent

Berlin (dpa/ND). Erstmals seit ihrer Gründung haben die Grünen die SPD in einer Meinungsumfrage eingeholt. Wenn jetzt gewählt würde, könnten beide Parteien mit je 24 Prozent der Stimmen rechnen – und kämen damit zusammen auf die absolute Mehrheit im Bundestag. Das ergab der vom Institut Forsa ermittelte »Stern-RTL-Wahl-trend«. CDU und CSU fallen laut Forsa auf 29 Prozent ab (minus ein Punkt). Die FDP kommt in der dritten Woche in Folge auf 5 Prozent. Mit zusammen 34 Prozent hätte Schwarz-Gelb ein Jahr nach der Bundestagswahl keine Chance, die Regierungsmehrheit zu verteidigen. Noch dramatischer ist der Rückstand der Regierung, wenn man die dritte Oppositionspartei DIE LINKE (10 Prozent) einbezieht: Rot-Rot-Grün liegt danach mit 58 Prozent um 24 Prozentpunkte vor dem Regierungslager. Die Union liegt fast 5 Punkte unter ihrem mageren Resultat von 33,8 Prozent vor einem Jahr. Die FDP hat sogar rund zwei Drittel ihrer Wähler von 2009 verloren, als sie ihr Rekordergebnis von 14,6 Prozent erreichte.

Die SPD-Führung reagierte mit Gelassenheit auf den neuen Umfrage-Höhenflug der Grünen. Diese profitierten derzeit stärker vom Vertrauensverlust der schwarz-gelben Koalition, sagte SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles am Mittwoch. Andere Umfragen sähen die SPD vorn.

Kurz

Bombe auf Parade

Teheran (AFP). Bei einem Bombenanschlag während einer Militärparade sind in der iranischen Stadt Mahabad mindestens zwölf Menschen getötet worden.

Trump-Turm

Tbilissi (AFP). Der US-Immobilien-gigant Donald Trump wird in Georgien einen Wolkenkratzer bauen. Der Milliardär unterzeichnete einen Vertrag über den Bau eines seiner bekannten Trump-Türme, teilte die Präsidentschaft am Mittwoch mit.

Warteschleifen

Berlin (AFP). Telefonwarteschleifen sollen in Deutschland künftig kostenlos sein. Darauf verständigten sich die beteiligten Ministerien, erfuhr AFP aus Regierungskreisen.

Kreuzfahrt mit Dreck

Helsinki (AFP). Jedes zweite Kreuzfahrtschiff in der Ostsee lässt nach Angaben der Umweltschutzorganisation WWF Abwässer ins Meer, obwohl es geeignete Entsorgungsmöglichkeiten gibt.

Fahrradklau

Wiesbaden (dpa). 2009 registrierte die Polizei in Deutschland laut der Statistik des Bundeskriminalamts 345 346 gestohlene Fahrräder. Nur jeder zehnte Diebstahl konnte aufgeklärt werden.

